RHEINISCHE POST

NRW > Städte > Rheinberg > Alpen diskutiert Stellungnahme zu Erweiterungsplänen im Salzbergbau

RP+ Wirtschaftsstandort Alpen

Sympathie für Schlichtung im Salzbergbau

Alpen · Alpen diskutiert über die Stellungnahme im Antragsverfahren für die von K+S beantragte Erweiterung des Rahmenbetriebsplans. Die Verwaltung fürchtet wegen Hochwasserfolgen mögliche Beschränkungen bei der Planung.

27.04.2022 , 18:20 Uhr · 3 Minuten Lesezeit



Salzabbau: Was unter der Erde geschieht, hat auch über der Erde langfristig Folgen.



Die Gemeinde Alpen unterstützt die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten in ihrer Forderung nach einer neutralen Schlichtungsstelle und schließt sich auch dem Wunsch nach einer Erfassungsstelle beim Kreis Wesel für vermeintliche Schäden durch Salzbergbau an. So heißt es im Textentwurf aus dem Rathaus für die Stellungnahme zum Antrag, das bislang genehmigte Abbaugebiet zu erweitern, den K+S bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt hat. Der Bau- und Planungsausschuss berät über die Stellungnahme am Dienstag, 3. Mai, 18 Uhr, im Feuerwehrgerätehaus.

Die Bezirksregierung Arnsberg wird aufgefordert, im Verfahren zu prüfen, ob K+S zur Teilnahme an der "Schlichtungsstelle Bergschaden NRW" verpflichtet werden und auch die Gründung einer zentralen "Erfassungsstelle

für behauptete Schäden des Salzbergbaus" bei der Genehmigung des beantragten Rahmenbetriebsplans festgeschrieben werden kann. Bisher sei dies aber eher verneint worden.

Info

Nur acht Besucher im Stadthaus Rheinberg

Auftakt Wenig Resonanz, dafür aber gute Gespräche in angenehmer Atmosphäre – so beschreibt Marcus Janz, Pressesprecher von K+S als Betreiber des Borther Salzbergwerks, die Sprechstunde im Rheinberger Stadthaus. K+S bietet Sprechstunden zum beantragten neuen Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk im Rheinberger Norden an. Nach dem Auftakt in Rheinberg folgen noch Sprechstunden im Xantener (Donnerstag, 5. Mai) und im Alpener Rathaus (Mittwoch, 11. Mai), jeweils von 14 bis 19 Uhr. Dabei wollen Werkleiter Stefan Weber und seine Kollegen über die weiteren Abbaupläne informieren und Transparenz schaffen.

Fazit In Rheinberg nutzten nach Angaben von Marcus Janz nur acht Frauen und Männer das Angebot, sich aus erster Hand informieren zu lassen. Das sei wenig, aber in gewisser Hinsicht verständlich, so Janz. Denn bis im sogenannten Südostfeld zwischen Menzelen und Ossenberg inklusive Borth abgebaut werde, dauere es noch Jahre. Er geht davon aus, dass in Xanten und Alpen deutlich mehr Besucher und somit mehr Nachfragen kommen werden. Der Pressesprecher: "Die Gespräche in Rheinberg waren sehr angenehm. Es gab kritische Nachfragen und einen guten Austausch."—»up

Die durch die Erweiterung ausgelösten Senkungsprognosen, die die Antragsteller grafisch dargestellt haben, ließen erkennen, so die Verwaltung in Alpen, dass sich das prognostizierte Senkungsfeld innerhalb des Gemeindegebietes vom bisher bekannten Bereich Richtung nordöstlich von Veen (Hees, Unterbirten bis Eppinghoven) beziehungsweise nordöstlich von Alpen (Menzelen-West, Bönning über Drüpt bis Ossenberg) ausdehnen werde.

Bei Bodensenkungen steige die Gefahr durch unkontrollierbare Hochwasserereignisse. Die Folgen für die biologische Vielfalt sei aufgrund von Veränderungen der Grundwassersituation erheblich. Auch negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft seien zu befürchten. "Die zu erwartenden Bodensenkungen werden nachfolgende Generationen in heute nicht abzusehendem Ausmaß betreffen und diese schon jetzt zu ständigen weiteren Maßnahmen verpflichten", heißt es.

Schon jetzt seien große Bereiche Alpens hochwassergefährdet. "Weitere Verschärfungen" seien "nicht hinnehmbar" und würden einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit darstellen, schreibt die Verwaltung. Bauleitplanerische Flächendarstellungen seien unter Berücksichtigung der Hochwasserrisiko-Abwägung "nur schwer oder schlimmstenfalls gar nicht mehr umsetzbar".

Als Beispiele sieht die Verwaltung die bauliche Entwicklung in Menzelen-West bedroht, auch Erweiterungsflächen zur Standortsicherung der Firma Lemken seien betroffen wie auch der regionale Kooperationsstandort Ohlfeld im Regionalplan Ruhr. Darüber hinaus werde über Drüpt ohnehin wegen der geplanten Kiesabgrabung "regionalplanerisch äußert heftig diskutiert". Im Zusammenwirken mit den prognostizierten Bodensenkungen sei zu befürchten, dass der Bereich bei Hochwasser "noch stärker betroffen sein kann". Weitere Belastungen für die Bevölkerung seien hier nicht hinnehmbar.

(bp)



Link kopieren